

Margit Mayer

Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive

Die Bewegungen, die sich aktuell unter dem Motto »Recht auf die Stadt« versammeln, markieren eine neue Phase in der Entwicklung städtischer sozialer Bewegungen, in der neuartige und breite Koalitionen quer durch die Stadt das Potenzial zu bergen scheinen, eine Vielfalt von stadtpolitischen Forderungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und damit eine reale Herausforderung für neoliberale Planer, Politiker, und Stadtentwickler darzustellen. Die Forderung nach dem Recht auf die Stadt ist in West- wie Osteuropa genauso wie in Nordamerika zu einem virulenten Slogan geworden, weil sie mehrere dank jahrelanger neoliberaler Stadtentwicklung und dank Wirtschafts- und Finanzkrise hochgradig aufgeladene aktuelle Themen bündelt. Der Verlust an sozialen, politischen, wirtschaftlichen und Bürgerrechten ist nicht nur für traditionell ausgegrenzte bzw. benachteiligte Gruppen schmerzlich spürbar geworden, sondern zunehmend auch für relativ privilegierte Stadtbewohner, deren Vorstellungen vom guten städtischen Leben nicht aufgehen in der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume, der Aufwertung und Vermarktung ihrer Kieze, und der Unterwerfung ihres Alltags unter die wachsende Standortkonkurrenz.

Gleichzeitig hat das Recht auf die Stadt bei (internationalen) NGOs und diversen Lobbyorganisationen Zugkraft entwickelt, von denen einige sogar an der Entwicklung einer Welt-Charta für das Recht auf die Stadt arbeiten.¹ Auch eine Reihe von Regierungen auf unterschiedlichen Ebenen haben damit begonnen, ein Recht auf die Stadt in ihrer Gesetzgebung bzw. in diversen städtischen Reformprozessen zu verankern. Der Gehalt des in solchen juristischen Instrumenten und Richtlinien definierten Rechts auf die Stadt ist allerdings nicht unbedingt identisch mit dem, worauf lokale Bewegungen hinzielen, wenn sie gegen Gentrifizierung und Vertreibung, gegen die Durchsetzung von Großprojekten, die Schließung kommunaler Einrichtungen oder zunehmende Überwachung auf die Straße gehen – auch wenn sämtliche dieser Ansätze sich auf Lefebvres beziehen und alle eine gerechtere, nachhaltigere, demokratischere Stadt avisieren.

¹ Eine führende Rolle dabei spielte die Habitat International Coalition, aber auch andere sich im Rahmen des Weltsozialforums engagierende, vor allem lateinamerikanische Nichtregierungsorganisationen (vgl. Ortiz 2010).

Um dieses vielgestaltige Aufkommen des Recht auf die Stadt-Mottos in lokalen wie globalen Zusammenhängen zu erklären, stellt dieser Beitrag sein Auftauchen in den Kontext der historischen Entwicklung städtischer Bewegungen. Diese haben seit der Krise des Fordismus eine Reihe von Phasen durchlaufen, von denen sich die aktuellen, gegen neoliberale Stadtentwicklung gerichteten Bewegungen signifikant unterscheiden. In der aktuellen Phase korrespondieren der städtische Protest bzw. die auf Stadtentwicklung gerichteten Forderungen mit spezifischen neoliberalen Zurichtungen und Ausgrenzungen, die auf mehr oder weniger radikale Weise, auf lokaler wie auf globaler Ebene, adressiert werden – und sind doch gleichzeitig geprägt vom Erbe der vorherigen Phasen städtischer Kämpfe und Auseinandersetzungen. Um also die Neuartigkeit und Spezifik der aktuellen städtischen Bewegungen, wie sie unter dem Slogan »Recht auf die Stadt« zusammenkommen, zu begreifen, werden sie hier innerhalb eines Phasenmodells der Entwicklung städtischer Bewegungen interpretiert. Dies erlaubt obendrein, relevante Unterschiede in der Praxis und in den Zielen der Bandbreite von Recht auf die Stadt-Bewegungen herauszuarbeiten: Auf der einen Seite trachten die auf die Verabschiedung von Chartas zielenden Gruppen und Organisationen vor allem danach, *spezifische* Rechte zu schützen, um die Teilhabe an der Stadt (*so wie sie ist*) für alle zu sichern; auf der anderen Seite versuchen stärker aktivistische Bewegungen, das Recht auf die Stadt (eine offenere, genuin demokratische Stadt) mittels sozialen und politischen Handelns zu *schaffen*.

Diese Unterscheidung ermöglicht in einem weiteren, letzten Schritt auch eine kritische Analyse der aktuellen Recht auf die Stadt-Bewegungen in den Metropolen der so genannten Ersten Welt, also den Koalitionen von Alternativen, Zwischennutzern, Kreativen, und sonstigen mobilisierten Bürgergruppen, die sich gegen die Umstrukturierung und Aufwertung ihrer Kieze wehren. Was dabei auf den ersten Blick als erfolgreiche Konvergenz unterschiedlicher Protestgruppen unter dem Motto des Rechts auf die Stadt erscheint, kann vor dem Hintergrund der gewandelten Rolle der Metropolen des globalen Nordens innerhalb der neuen internationalen Arbeitsteilung durchaus problematisiert werden. Obwohl es diesen Bündnissen bisweilen gelingt, geplante Vorhaben neoliberaler Stadtentwicklung aufzuhalten oder zu modifizieren, retten diese Kämpfe oft nur eigene Oasen, die obendrein möglicherweise dem Rebranding der kreativen Stadt- und Standortpolitik anheimfallen. Damit ist die Frage aufgeworfen, ob hiesige Bewegungen für das Recht auf die Stadt sich nicht stärker auf die Kämpfe der vom Modell der neoliberalen Stadt Ausgegrenzten beziehen müssten: die der zunehmend Enteigneten an den Rändern dieses Modells im globalen Norden,

sowie die städtischen Kämpfe im globalen Süden – auch wenn es hier um völlig andere Nutzungskonflikte und Alltagspraxen geht als in den privilegierten Städten der Ersten Welt.

1. Phasen städtischer Bewegungen seit dem Fordismus

Die Makrotrends der vergangenen 40 Jahre haben sowohl den Kontext – die Städte und politischen Milieus – als auch die Bewegungen selbst grundlegend verändert, zunächst unmerklich, aber in der Rückschau sehr drastisch. Es ist wichtig, diese Auswirkungen auf den Bewegungsverlauf städtischen Widerstands zu verstehen, wenn wir das Potenzial des Rechts auf die Stadt als »Arbeitsmotto und als politisches Ideal« (David Harvey) entwickeln wollen. Ich verfolge deshalb zunächst die sich wandelnden Themen städtischer sozialer Bewegungen (beschränkt auf die europäisch-nordamerikanischen Regionen) seit dem Fordismus durch die verschiedenen neoliberalen Regimes. Die jeweiligen Losungen stehen dabei als Kürzel für die changierenden kollektiven Identitäten, Ziele und Gegner der Bewegungen, d.h. für die je spezifischen Formen städtischer Ausgrenzung und Unterdrückung. Auf dieser Grundlage lässt sich eruieren, was neu bzw. anders ist an der gegenwärtigen Situation und an dem aktuellen Slogan »Recht auf die Stadt.«

Während der letzten vier Dekaden haben sich die Stadtentwicklungsmuster der westlichen Industrienationen zunehmend angeglichen, und auch die Formen städtischen Regierens konvergierten so stark, dass es nicht verwunderlich ist, wenn auch die Mobilisierungen gegen diese Entwicklung und Politik, zumindest in den Städten des globalen Nordens, sehr ähnliche Zyklen durchlaufen haben.²

Krise des Fordismus – Politisierte Opposition der 1970er Jahre

Die erste Welle breiter städtischer Mobilisierung im Gefolge der 1960er Bewegungen reagierte, wie viele andere Bewegungen der 1968er Ära, auf die Krise des Fordismus. Wohnungskämpfe, Mietstreiks und Mobilisierungen gegen Sanierungsprogramme opponierten gegen die »Unwirtlichkeit der Städte« (Mitscherlich).³ Sie waren durch ihre Einbettung in den Kontext der Studenten-, Antikriegs- und andere linken Bewegungen der Zeit poli-

² Vgl. zu den verschiedenen Phasen, insbesondere für Deutschland, Mayer 2008a.

³ Das ursprünglich 1965 veröffentlichte Buch von Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*, wurde interessanterweise 2008 neu aufgelegt.

tisiert und konfrontierten gleichzeitig ein vergleichsweise offenes – mehr oder weniger sozialdemokratisch besetztes – politisches Institutionensystem. Viele der europäischen Bewegungen dieser Zeit standen unter dem Motto »Nehmen wir uns die Stadt!« (Lotta Continua 1972),⁴ während die meisten der amerikanischen Stadtbewegungen pragmatischer orientiert waren: Der vorherrschende Slogan hier war »Selbstbestimmung der *Community*« (vgl. Fainstein/Fainstein 1974). Angeführt wurden die städtischen Kämpfe in Europa vor allem von Jugendlichen, Studierenden und MitgrantInnen, in den USA dagegen trugen die vom Zugang zu fordristischer Prosperität Ausgeschlossenen, insbesondere Afro-AmerikanerInnen, die städtischen Rebellionen. Zentral für diese Bewegungen in allen westlichen Städten war die »reproduktive Sphäre« (der Klassenkampf hatte sich aus den Fabriken in die Stadtteile verlagert) und der »kollektive Konsum«, d.h. die Kämpfe zentrierten sich um öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen, sie hinterfragten sowohl die kulturellen Normen als auch den Preis und die Qualität der öffentlichen Einrichtungen; sie forderten nicht nur verbesserte Einrichtungen des kollektiven Konsums, sondern auch stärkere Beteiligung an den Entscheidungen über deren Gestaltung. Aber sie entwickelten auch eigene, progressive alternative Projekte, die in vielen Städten eine dynamische Bewegungsinfrastruktur von Stadtteil- und Jugendzentren, Kinderläden, Gesundheitszentren und anderen selbst verwalteten Projekten hervorbrachte. Die Bewegungen richteten sich also gegen »die keynesianische Stadt«, in der ein Großteil der sozialen Reproduktion vom Staat übernommen wird, und die den Höhepunkt einer sehr direkten Beziehung zwischen städtischer Ebene und sozialer Reproduktion darstellt, was viele Autoren damals dazu bewegt hat, das Städtische explizit in Kategorien kollektiven Konsums zu definieren.⁵ Trotz der Breite der Mobilisierungen und Lebendigkeit der Bewegungskultur und -projekte gelang es nicht, die eher kulturell und politisch dem System entfremdeten vor allem jugendlichen Aktivisten mit den mate-

⁴ Auch weitere, eher übergreifende Slogans wie »Wir wollen alles!« oder »Power to the People!« (»Alle Macht dem Volk!«) reflektierten die radikale politische, soziale und kulturelle Zurückweisung des fordristischen Modells.

⁵ So entwickelte der erste Theoretiker städtischer Bewegungen, Manuel Castells, seine Definition städtischer sozialer Bewegungen aus der Praxis jener Zeit heraus: Nur wenn sie Kämpfe um gesellschaftlichen Konsum mit solchen für community-Kultur und politische Selbstverwaltung verbänden, könnten sie als städtische soziale Bewegungen gelten und seien sie in der Lage, städtische Bedeutungszuweisungen zu transformieren (Castells 1983).

riell und ökonomisch von den Segnungen des fordistischen Modells Ausgeschlossenen bzw. Benachteiligten zu vereinen (vgl. Marcuse 2009).⁶

Roll-back Neoliberalisierung – Wiederaufleben »alter« Themen und Transformation der Beziehungen zwischen städtischen Bewegungen und (Lokal-)Staat (1980er Jahre)

Die zweite Phase städtischer Mobilisierungen wurde mit der Austeritätspolitik der 1980er Jahre eingeleitet. Diese Politik initiierte einen *globalen* Schwenk hin zu einem neoliberalen Paradigma, das in seiner anfänglichen *roll-back* Phase⁷ zunächst die keynesianischen Wohlfahrts- und sozialkollektivistischen Institutionen abbaute. Diese hatten in der vorherigen Phase den alternativen Bewegungs-Aktivitäten eine wichtige materielle Basis geliefert, was allerdings nicht unbedingt so wahrgenommen wurde. Mit der Neoliberalisierung der Politik gelangte nun die so genannte alte soziale Frage wieder auf die Tagesordnung der städtischen Bewegungen: wachsende Arbeitslosigkeit und Armut, »neue« Wohnungsnot, Aufstände in Sozialwohnungsgebieten und neue Besetzergenerationen veränderten die Zusammensetzung städtischer Bewegungen, während lokale Verwaltungen, konfrontiert mit eskalierenden Finanznöten bei steigendem Ausgabendruck, Interesse an »innovativen Problemlösungen« entwickelten.

Diese Situation beflügelte einen Wandel der bis dato recht oppositionellen Beziehung zwischen Bewegungen und lokalen Verwaltungen hin zu einem eher kooperativen Verhältnis, und immer mehr Bewegungsorganisationen gingen – angetrieben von einer neuen Generation umfassender Programme zur städtischen Revitalisierung – »vom Protest zum Programm« über (vgl. Mayer 1987). Was zunächst als gute Möglichkeit erschien, um prekäre alternative Praxen auf stabilere Grundlagen zu stellen, produzierte mit der Zeit eine Spaltung zwischen zunehmend professionalisierten, mehr oder weniger alternativen (Stadtteilentwicklungs- und Dienstleistungs-)Organisationen einerseits, und andererseits Gruppen, die ihre Interessen in diesen kooperativen Arrangements nicht berücksichtigt sahen, und sich darauf hin radikalisierten. Darüber hinaus komplizierte sich das Bewegungsterrain noch durch das Aufkommen unterschiedlicher neuer, in den Mittelklassen verankerter Bewegungen, die – zumeist auf die Verteidigung der »Lebensqualität« ihres Kiezes gerichtet – häufig ökologische und progressive, aber in anderen Fällen auch reaktionäre oder fremdenfeindliche Forderungen stell-

⁶ Marcuse spricht von den »Unzufriedenen« und den »Enteigneten«.

⁷ Vgl. zur Periodisierung der verschiedenen Phasen der Neoliberalisierung Brenner/Theodore 2004.

ten, sodass das städtische Bewegungsmilieu sich zunehmend aufsplitterte und sich kaum noch übergreifende Mottos und nur noch geringe Übereinstimmungen für gemeinsame politische Aktivitäten bildeten.

Roll-out Neoliberalisierung – Fragmentierte Bewegungsmilieus (1990er Jahre)

Seit den 1990er Jahren reagiert ein Regime flankierender Maßnahmen (*roll-out neoliberalism*) auf die Widersprüche und Probleme, die die vorangegangene Phase der Sparpolitik generiert hatte. Während sich der grundlegende neoliberale Imperativ, der den städtischen Raum als Wachstumsarena und zur Durchsetzung von Marktdisziplin mobilisierte, als dominierendes kommunalpolitisches Projekt gehalten hat, wurden nun begleitende Mechanismen betont, wie beispielsweise lokale ökonomische Entwicklungspolitik oder kommunale und stadtteilbezogene Programme zur Linderung der vorher generierten Probleme. Das heißt, nun werden auch soziale Infrastrukturen, politische Kulturen, und auch ökologische Grundlagen der Stadt adressiert – allerdings auf eine Art und Weise, die diese zu Standortfaktoren transformieren sollte. Neue Reformdiskurse kamen in Mode: Statt Armut wird nun »soziale Ausschließung« bzw. »Exklusion« bekämpft, die »Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat« sei zu beenden, dem »aktivierenden Staat«, Programmen der »Stadtteilerneuerung« und der Mobilisierung von »Sozialkapital« kommen dabei wichtige Rollen zu. Und neue Institutionen und Formen sozialer Leistungen werden gefördert – etwa die »integrierte Quartiersentwicklung«, öffentlich-private Partnerschaften und bürgerschaftliches Engagement. Diese Diskurse und Maßnahmen nahmen eine Reihe von früher geäußerten Kritiken der sozialen Bewegungen am bürokratischem Keynesianismus auf und waren recht erfolgreich darin, vormals progressive Ziele und Losungen wie »Selbstbestimmung« und »Autonomie« zu besetzen und sie in regressive, individualisierte und kompetitive Richtung umzudefinieren. Damit unterstützten sie die Entwicklung einer revitalisierten urbanen (bzw. regionalen) Wachstumsmaschine und gehen durchaus konform mit neoliberalen Regierungstechniken.

Die Konsequenzen dieser neuen städtischen Entwicklungspolitik und der faktischen Erosion sozialer Rechte, die sie mit sich brachte, zersplitterten das Terrain der Bewegungen noch weiter: Einerseits vermehrten sich defensive Bewegungen, die sich und verbliebene Privilegien zu schützen suchten, andererseits politisierten sie aber zugleich die Auseinandersetzungen in Richtung der Frage, wem die Stadt eigentlich gehören solle. Immer wieder schwappten in dieser Dekade Wellen von gegen »Gentrifizierung« – also gegen die Vertreibung ärmerer Bevölkerungsteile zugunsten

reicherer – gerichteten Kämpfen durch New York, Paris, Amsterdam oder Berlin, später durch Istanbul und Zagreb, und Parolen wie »Die, Yuppie Scum« begannen sich zu globalisieren. »Reclaim the Streets« und ähnliche lokale Mobilisierungen der globalisierungskritischen Bewegung popularisierten den Slogan »Eine andere Welt ist möglich« bzw. »Eine andere Stadt ist möglich!«. Auf der anderen Seite gerieten die zunehmend professionalisierten, vormals alternativen lokal verankerten sozialen Organisationen in den Bann der neuen kommunalpolitischen Strategien der Stadtteil-Aktivierung und Revitalisierung.

Höhepunkt und beginnende Krise der Neoliberalisierung – Bewegungen gegen die neoliberale Stadt (2000er Jahre)

Mit dem Dot.com-Crash 2001, am Höhepunkt und zugleich Beginn der Krise des Neoliberalismus, begann eine neue (vierte) Phase. Urbanisierung – also das Einströmen von Anlagekapital in den Ausbau und die Verdichtung städtischer Regionen – ist zum globalen Phänomen geworden dank der Integration der Finanzmärkte, die ihre Flexibilität und Deregulierung für schuldenfinanzierte Stadtentwicklungsprojekte weltweit genutzt haben (vgl. Harvey 2008: 30). Im globalen Norden beginnen Wachstumsraten in dieser Phase zu stagnieren bzw. dort wo Wachstum stattfindet, ist es »*jobless*«, schafft also keine Arbeitsplätze, die sozialen Spaltungsprozesse werden schärfer und drücken sich zunehmend in sozialräumlichen Polarisierungen aus. Gleichzeitig haben Sozialreformen überall »Wohlfahrt«, also Sozialhilfeprogramme, durch *Workfare* ersetzt. Dadurch werden große Teile der städtischen »Unterklassen« in degradierte Arbeitsmärkte »aktiviert«, aber die Wirkungen betreffen auch viele (vormalige) soziale Bewegungsorganisationen, die sich nun über die Ausführung von Sozial-, Beschäftigungs- oder Quartiersmanagement-Programmen reproduzieren – wobei sie den Exklusionsprozessen sicherlich in vielerlei Hinsicht besser begegnen als konkurrierende private oder staatliche Agenturen dies vermöchten.

Diese Entwicklungen haben die Räume für soziale Auseinandersetzungen auf viele Weisen begrenzt. Die Bewegungen operieren nun nicht mehr innerhalb der »keynesianischen Stadt«, in der Kämpfe um verbesserte kollektive Infrastrukturen möglich waren. Stattdessen sehen sie sich der »neoliberalen Stadt« gegenüber, die insbesondere drei Bruchlinien anbietet, entlang derer die Bewegungen mobilisieren (vgl. Mayer 2007).

Die *erste Bruchlinie* bietet die starke Priorisierung, die die neoliberale Stadt dem Einsatz von Wachstumspolitik einräumt: Investitionen in glitzernde neue City-Zentren, Mega-Projekte für Sport und Unterhaltung, die Kommerzialisierung öffentlichen Raums und die damit einhergehende Aufrüstung

und Überwachung gehören zum vorherrschenden Muster der Stadtentwicklung – und lösen allenthalben Proteste aus, die die Formen, Ziele und Wirkungen dieser investoren- und konzernfreundlichen Stadtentwicklung genauso anprangern wie die damit einhergehende Vernachlässigung von weniger vermarktbareren Vierteln, sowie die unternehmerischen Vermarktungsstrategien, mit denen Kommunalpolitiker nun überall konkurrieren.⁸

Eine *zweite Bruchlinie* entfacht Protest gegen die Neoliberalisierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, gegen den Abbau des Sozialstaats und Bewegungen für soziale und Umweltgerechtigkeit. Da die neoliberalen Strategien zur Regulierung des sozialen Bereichs so stark auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt bzw. die Stärkung unternehmerischer Qualitäten setzen, ist es wenig verwunderlich, dass sich zunehmend auch traditionelle Akteure wie die Gewerkschaften den lokalen Protestmilieus anschließen. In nordamerikanischen Städten bildeten sich neue *Community-Labor*-Koalitionen schon Ende der 1980er Jahre (und erreichten mit gemeinsam getragenen sogenannten *Living Wage*-Kampagnen lokale Erfolge; siehe Reynolds 2001; Merrifield 2000), jedoch im Maß wie europäische Länder den Ab- und Umbau ihrer sozialstaatlichen Systeme beschleunigten, verbündeten sich auch hier immer häufiger Stadtteil- und Gewerkschaftsgruppen mit solchen, die für die Rechte (migrantischer und) prekärer ArbeiterInnen kämpfen. Wo früher Wohlfahrtsverbände, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Kirchen und progressive Organisationen nebeneinander arbeiteten, schließen sie sich nun immer häufiger zusammen: In Deutschland in lokalen Anti-Hartz-Mobilisierungen (die die Ausgestaltung der Hartz-Gesetzgebung skandalisieren und gleichzeitig Unterstützung für die Betroffenen organisieren; vgl. Lahusen/Baumgarten 2010; Küpper u.a. 2005; Philipps 2005), in Italien die Sozialzentren (mit denen Stadtteilgruppen öffentliche Räume für die Selbstorganisation und Kooperation zwischen unterschiedlichen ausgegrenzten und diskriminierten Gruppen bereitstellen, vgl. Mudu 2004), in den USA die *Workers Centers*, die die Organisation um Konflikte im Quartier mit Problemen am Arbeitsplatz bzw. Forderungen der Unter- und Unbeschäftigten auf neue Arten zusammenführen. Die *Workers Centers* unterstützen vor allem MigrantInnen, TagelöhnerInnen und andere bislang kaum gewerkschaftlich organisierte Gruppen in untertariflich bezahlten Branchen. USA-weit gibt es bereits 140 solcher Zentren, die sich auch schon national vernetzen (vgl. Fine 2006; Martin et al. 2007; Theodore 2011), und zunehmend breite Kampagnen gegen Lohnraub und andere Verletzungen der Rechte dieser prekären Arbeiter durchführen.

⁸ Vgl. z.B. Birke 2010; Porter/Libby 2009; Maskovsky 2003; Uitermark 2004.

Die beiden skizzierten Bruchlinien städtischer neoliberaler Politik werden inzwischen intensiviert und gleichzeitig durch die transnationalen globalisierungskritischen Bewegungen in einen globalen Kontext gestellt, die zunehmend selbst »das Lokale« bzw. die Stadt als den Ort entdeckt haben, an dem die Globalisierung »landet« und sich realisiert. Diese Bewegungen fordern nicht nur die Demokratisierung internationaler Institutionen wie des IWF und der Weltbank, sondern mobilisieren auch gegen die Privatisierung öffentlicher Leistungen und Infrastrukturen, und entdecken dabei, dass die Verletzung sozialer Rechte oder die Privatisierung öffentlicher Güter wie z.B. Wasser sie real mit Bewegungen auf dem gesamten Globus verbindet. Gruppen wie Attac oder die Sozialforen verdeutlichen, dass der freie Handel und die Deregulierung von Märkten nicht allein Produktionsstrukturen im globalen Süden zerstören, sondern auch Gewerkschaften und KonsumentInnen in Nordamerika und Europa bedrohen. Entsprechend haben sie ihre Forderung nach globaler Gerechtigkeit auf die lokale Ebene genommen und mobilisieren hier gegen Sozialkürzungen, für die Rechte von MigrantInnen und prekär Beschäftigten, und schmieden Bündnisse mit lokalen Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und linken Gruppen.⁹

Während also die Neoliberalisierung der Stadt auf vielerlei Art ein für progressive Bewegungen feindlicheres und schwierigeres Umfeld geschaffen hat, sorgte sie zugleich für eine globalere Artikulation städtischen Protests. Und sie hat – seit den 1960er Jahren erstmals wieder – eine Konvergenz von verschiedenen Strömungen hervorgebracht, diesmal unter dem Motto des »Rechts auf die Stadt«, wie im nächsten Abschnitt ausgeführt wird.

2. Die multiplen Bedeutungen des Rechts auf die Stadt

Die Auswirkungen der Krise von 2008 und die Art und Weise, wie nationale Regierungen auf die Krise reagiert haben, hat weiter zur Politisierung der städtischen Bewegungen beigetragen: »Wir zahlen nicht für Eure Krise« war bei Protesten von Athen bis Kopenhagen, von Reykjavik bis Rom, von Paris bis London, von Riga bis Kiew zu hören. Während die Regierungen Unsummen öffentlicher Gelder zur Rettung von Banken und für Konjunkturprogramme ausgaben, wird die Krise gleichzeitig genutzt, um weitere und tiefere Einschnitte bei sozialen Netzen vorzunehmen: Mehr und mehr soziale und wirtschaftliche Rechte, Beteiligungsansprüche und Zugangsopti-

⁹ Vgl. z.B. Köhler/Wissen 2003; della Porta 2005; McNevin 2006; Walk/Böhme 2002; Mayer 2008b.

onen sind für eine wachsende Zahl von Gruppen, besonders aber für untere Einkommensschichten und Empfänger von Transferzahlungen bedroht.¹⁰ Unter diesen Bedingungen findet die Forderung nach dem Recht auf die Stadt noch breitere Resonanz, immer mehr Konflikte brechen auf, an denen sich Auseinandersetzungen entzünden und verschiedene Gruppen in Kampagnen und Bündnissen zusammen kommen. Sei es in der Berliner Initiative »MediaSpree Versenken!«, der Kampagne »Tempelhof für alle!« oder in den Protesten gegen die Hamburger Stadtentwicklungspolitik: In all diesen Recht auf die Stadt-Koalitionen kommen von der Neoliberalisierung der Stadt höchst unterschiedlich Betroffene zusammen: Künstler und so genannte Kreative, die ihre Arbeitsräume bedroht sehen, alteingesessene Mieter, deren Verdrängung durch Luxuswohnprojekte bevorsteht, Linke und Autonome, die diese Konflikte zu anti-kapitalistischen Kampagnen nutzen (vgl. Scharenberg/Bader 2009; Twickel 2010; Birke 2010). Den verschiedenen lokalen Bewegungen gelingt es dabei mitunter, benachteiligte und marginalisierte Gruppen (wie prekär Beschäftigte oder Erwerbslose) mit relativ privilegierten Gruppen (die nicht unbedingt materiell benachteiligt, sondern eher kulturell entfremdet und politisch unzufrieden sind, und sich zum Beispiel in linken Organisationen engagieren) zusammenzubringen – was in den rebellischen 1960er und 70er Jahren vielfach versucht, aber kaum je erreicht wurde. Auch auf der globalen Ebene, wo transnationale Netzwerke und NGOs aktiv sind, hat die Bewegung für eine Verankerung des Rechts auf die Stadt an Fahrt gewonnen, und kommunale sowie andere staatliche Ebenen sind auf den Plan getreten mit Manifesten und Richtlinien, die ein Recht auf Stadt sichern sollen (vgl. Unger 2009; Sugranyes/Mathivet 2010).

Das Recht auf eine (andere) Stadt (für alle) als Aneignung

Die verschiedenen Bewegungen und Initiativen berufen sich allerdings auf unterschiedliche Weise auf den Slogan »Recht auf die Stadt«. Bei Lefebvres steht Urbanisierung für eine Transformation der Gesellschaft und des Alltagslebens durch das Kapital; dagegen suchte er Rechte vermittels sozialen und politischen Handelns zu *schaffen*: Die Straße und ihre Inanspruchnahme *kreieren* solche Rechte. In diesem Sinn ist das Recht auf die Stadt weniger ein juristisches Recht als vielmehr eine oppositionelle Forderung, die

¹⁰ Im Gegensatz zu anderen Ländern sah es in Deutschland zunächst nicht nach einer Umverteilung von unten nach oben aus, was sich spätestens mit der Verabschiedung des »Haushaltsbegleitgesetzes 2011« geändert hat. Damit sollen im Sozialbereich 32,3 Milliarden Euro gespart werden (siehe tageszeitung 2. September 2010).

die Ansprüche der Reichen und Mächtigen anzweifelt.¹¹ Es ist ein Recht auf Umverteilung und gilt keineswegs für *alle* Menschen, sondern für diejenigen, die dieses Rechts beraubt sind und seiner bedürfen. Es ist ein Recht, das *nur dann und insofern existiert*, als genau diese Menschen *es (und die Stadt) sich nehmen*, sich aneignen. Diese revolutionäre Form der Aneignung meinte Lefebvre im 1968er Paris zu entdecken, und darauf beziehen sich heutige Bewegungen wie die Besetzungen und Kampagnen, die Ende 2009 in Hamburg den Rückkauf alter Handwerkhäuser im Gängeviertel erzwingen konnten (vgl. das Manifest »Not in Our Name«¹² und den Beitrag von Jonas Füllner und David Templin in diesem Band), wie das Megaspree Bündnis in Berlin, das eine Vielzahl von Bürgerinitiativen bündelt und diese im Sommer 2010 zum Protest gegen den Ausverkauf der Stadt auf die Straße mobilisieren konnte (vgl. Schwarzbeck 2010), oder wie die Recht auf die Stadt-Organisation, die über drei Jahre mit Petitionen, Blockaden und breiter öffentlicher Unterstützung die Umsetzung eines Investorenplans verhinderte, den zentralen historischen Zagreber Blumen-Platz zu einem riesigen Geschäfts- und Einkaufszentrum umzubauen und so die Gentrifizierung der umliegenden Viertel voranzutreiben (vgl. Caldarovic/Sarinic 2008).¹³ Auch in den USA wurde das Recht auf die Stadt zum Programm, als sich Stadtteil- und Community-Labor-Organisationen nicht nur innerhalb von New York, Los Angeles, Boston und einem Dutzend weiterer Städte vernetzten, sondern sich zu einer bundesweiten Allianz – Right to the City Alliance – zusammenschlossen. Diese Gruppen sind in regionalen Netzwerken organisiert und kooperieren zu den übergreifend relevanten Themen von Zwangs-

¹¹ »... the right to the city is like a cry and a demand ... [it] cannot be conceived of as a simple visiting right or as a return to traditional cities. It can only be formulated as a transformed and renewed right to urban life ... as long as the ›urban‹, place of encounter, priority of use value, inscription in space of a time promoted to the rank of a supreme resource among all resources, finds its morphological base and its practico-material realization.« (Lefebvre 1995: 158).

¹² Das Manifest »Not in Our Name – Gegen ›Marke Hamburg‹« wurde binnen weniger Wochen von Hunderten von Menschen unterschrieben und findet sich auf der Website der Initiative »Not in Our Name« <http://nionhh.wordpress.com/about/>. Vgl. auch Oehmke 2010; Birke 2010; Twickel 2010.

¹³ Auch als die Bauarbeiten für die unterirdische Garage trotz breiter Proteste begannen, blockierten die Aktivisten – inklusive Stadtratsmitglieder – noch mit zivilem Ungehorsam (siehe <http://oneworldsee.org/Blockade-of-Varsavska-street-suspended-temporarily>, <http://daily.tportal.hr/77508/Police-arrest-activists-at-Vasavska-construction-site.html>)

räumungen, Mieterrechten, Minderheitendiskriminierung, Gentrifizierung und Verdrängung (Goldberg 2008; Liss 2011).

In all diesen Kämpfen wird das Motto »Recht auf die Stadt« benutzt, um innerhalb und – wie in den USA – auch zwischen Städten Koalitionen zu bilden von Häuserkämpfern und Künstlern, linken Gruppen und Kulturarbeitern, kleinen Ladenbesitzern und prekären Kreativen, die sich allesamt durch investorengetriebene Aufwertung, Mega-Projekte und deren Verdrängungseffekte bedroht sehen. Trotz der gemeinsamen Kritik an der jeweiligen Stadtentwicklungspolitik beinhalten die Koalitionen durchaus auch Spannungen, vor allem zwischen den klassischen Bewegungsaktivisten einerseits und den Kulturproduzenten, die im Rahmen neoliberaler Stadtpolitik gern zum Branding ihres »kreativen Potenzials« instrumentalisiert werden. Subkulturelle Milieus, Musikszenen und »hippe« Viertel voller Clubs und Beach Bars firmieren zunehmend als Schlüsselfaktor in offiziellen Marketing-Diskursen (Scharenberg/ Bader 2009: 331). Genau gegen solche Instrumentalisierung richteten sich allerdings die Aktivisten der Initiative Media-Spree-Versenken! sowie die Unterzeichner des Hamburger Manifests »Not in Our Name« (vgl. Colomb/Novy 2011).

Bisweilen verbinden sich diese Recht auf die Stadt-Kampagnen auch mit Kämpfen im globalen Süden, wo die Bedrohung durch Privatisierung, Spekulation, Räumungen und Vertreibungen für die Betroffenen um einiges existenzieller ist. Auch Sozialforumtreffen auf unterschiedlichen Ebenen und andere Zusammenkünfte von zunehmend global vernetzten lokalen Bewegungen haben die Gemeinsamkeiten der Kämpfe real erfahrbar gemacht. Häufig sind es sogar die gleichen multinationalen Konzerne, Beraterfirmen, und Immobilienentwickler, die für Räumung und Vertreibung oder für die Privatisierung öffentlicher Güter im Norden wie im Süden verantwortlich sind. Sowohl der Sozialforumsprozess als auch die Treffen globalisierungskritischer Bewegungen anlässlich von Gegengipfeln wurden im Lauf der letzten zehn Jahre von Aktivisten aus aller Welt genutzt, um ihre jeweiligen Erfahrungen und Gemeinsamkeiten im Kampf gegen Privatisierung und Enteignung auszutauschen. Solche Austausch- und Kooperationsprozesse werden künftig noch wichtiger, weil trotz der genannten Gemeinsamkeiten die Unterschiede zwischen den städtischen Kämpfen sowie den Problemen und Entbehrungen, denen sie sich jeweils gegenüber sehen, in Nord und Süd immens sind (vgl. den Punkt 3. in diesem Beitrag).

Recht(e) auf die (existierende) Stadt als offizielle Anerkennung

Gleichzeitig haben auch Bewegungen, die das Recht auf die Stadt eher juristisch zu verankern suchen, in den letzten Jahren an Fahrt gewonnen. Auf lokaler wie auf globaler Ebene versuchen stadtpolitisch engagierte Gruppen und Organisationen, die Durchsetzung des Rechts auf die Stadt auf stabile, zum Teil institutionelle Beine zu stellen. »Die einzige Möglichkeit, unser Recht auf die Stadt einzufordern, bestand darin, eine rechtliche Instanz (legal entity) zu etablieren, die von staatlichen und administrativen Behörden offizielle Anerkennung finden würde,« erklärt die 2007 gegründete polnische Recht auf die Stadt-Organisation *My Poznaniacy* auf ihrer Website.¹⁴ Andere, insbesondere überregional aktive Netzwerke und NGOs arbeiten an verbindlichen Richtlinien und Ausformulierungen des Rechts auf die Stadt.

Dieser Prozess begann bereits Anfang der 1990er Jahre, als die Habitat International Coalition (HIC) zusammen mit anderen internationalen sowie nationalen (wie dem Brasilianischen Nationalen Forum für Städtische Reform, FNRU) Organisationen transnationale Vereinbarungen »für gerechte, demokratische und nachhaltige Städte und Dörfer« entwarf und auf verschiedenen UN-gesponserten Zusammenkünften inter- und transnationaler Netzwerke und NGOs unterzeichnen ließ. Seit 1995 beteiligte sich auch die UNESCO an solchen Zusammenkünften zur Entwicklung städtischer Agenden, und brasilianische Organisationen begannen damit, eine Charta für »Menschenrechte in der Stadt« voranzutreiben. Diese Bemühungen beschleunigten sich, als 2001 auch im Rahmen des Weltsozialforums die Arbeit an der Formulierung einer Welt-Charta für ein Recht auf die Stadt aufgenommen wurde. 2003 stellten internationale Menschenrechtsgruppen zusammen mit der UNESCO eine »Weltcharta für das Menschenrecht auf die Stadt« vor; 2004 präsentierte HIC zusammen mit anderen Organisationen den Entwurf einer »Welt-Charta zum Recht auf die Stadt« beim Sozialforum der Americas in Quito, und beim Zweiten *World Urban Forum* in Barcelona; während des Weltsozialforums in Porto Alegre 2005 wurde eine »Welt-Charta über das Recht auf die Stadt« angenommen (Ortiz 2010).

Auch auf verschiedenen staatlichen Ebenen kam es zur Annahme (von Teilen) solcher Chartas: 2001 wurde ein »Stadt-Statut« in die brasilianische Verfassung aufgenommen, welches ein kollektives Recht auf die Stadt anerkennt (vgl. Fernandes 2007). Auf lokaler Ebene wurde 2006 in Montreal eine städtische »Charta für Rechte und Pflichten« verabschiedet. Auch eine »Europäische Charta zur Sicherung der Menschenrechte in der Stadt« ist in Kraft (Ortiz 2010: 114). Das von UN-Habitat 2010 in Rio veranstaltete

¹⁴ www.my-poznaniacy.org/

Fünfte *World Urban Forum* hatte das Recht auf die Stadt zu seinem Thema erkoren mit der Perspektive, die UN zu einer offiziellen Anerkennung dieses Rechts zu bewegen.

Während die öffentliche Anerkennung durch UN-Institutionen und Regierungen offensichtlich die Bedeutung und den Einfluss der entsprechenden Forderungen steigert, geben diese Chartas und die sie entwickelnden Koalitionen dem umkämpften Recht auf die Stadt einen spezifischen politischen Bedeutungsgehalt. Denn in diesen Dokumenten geht es nicht um »das« Recht an der Stadt, sondern sie listen jeweils eine Reihe spezifischer Rechte auf, deren Schutz sie den an »*good urban governance*« interessierten Kommunen und NGOs empfehlen. So ist es zum Beispiel Ziel der Welt-Charta zum Recht auf die Stadt, effektive Mechanismen und Instrumente zu etablieren, um die Durchsetzung anerkannter Menschen-, Bürger- und Sozialrechte zu sichern. Dazu versuchen UNESCO und UN-Habitat gemeinsam mit internationalen NGOs über regelmäßige (durch die *standing Working Group on »Urban Policies and the Right to the City«* organisierte) Konferenzen, einen Konsens unter den relevanten Akteuren herzustellen. Zu diesen Akteuren gehören zentral die Kommunalverwaltungen.

In ihrem Bemühen, »unsere verwundbarsten StadtbewohnerInnen« stärker als die *Developer* und Investoren ins Zentrum der Politik zu stellen, listen die Chartas spezifische Rechte auf, die eine fortschrittliche Politik ganz besonders schützen sollte. So besagt zum Beispiel § 11 der Welt-Charta, das Recht auf die Stadt umfasse »die international anerkannten Menschenrechte auf Wohnung, soziale Sicherheit, Arbeit, adäquaten Lebensstandard, arbeitsfreie Zeit, freie Information, Organisation und Koalitionsbildung, Nahrung und Wasser, Schutz vor Vertreibung, Teilhabe und Selbst-Vertretung, Gesundheit, Bildung, Kultur, Schutz der Privatsphäre und Sicherheit, sowie das Recht auf eine sichere und gesunde Umwelt«. Und § 12 spezifiziert eine weitere Liste, nach der das Recht auf Stadt »Ansprüche auf die Menschenrechte auf Land, Ver- und Entsorgungssysteme, öffentliche Verkehrsmittel, grundlegende Infrastruktur, nachhaltige Entwicklung sowie den Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen einschließlich der natürlichen Ressourcen und Finanzen« beinhalte. An einigen Stellen der Charta heißt es, diese Rechte sollten allen StadtbewohnerInnen zukommen, an anderen werden spezifische Gruppen genannt, die besonderen Schutzes bedürften, wie Arme, Kranke, Behinderte, MigrantInnen.

Grenzen der Charta-Politik

Was auf den ersten Blick positiv erscheint, birgt jedoch ein Problem. Nicht nur, weil jede Liste notwendigerweise jene ausschließt, die nicht in sie aufgenommen sind, sondern vor allem weil hier die Zivilgesellschaft als im Grunde homogen und *insgesamt* als schützenswert vor (bedrohlichen) neoliberalen Kräften erscheint – als ob sich nicht mitten in dieser Zivilgesellschaft wirtschaftliche und politische Akteure befänden, die an der Herstellung von Armut und Diskriminierung beteiligt sind und davon profitierten. Diese Sicht verschleiert also die Tatsache, dass auch die Zivilgesellschaft von Klassen- und Machtinteressen durchzogen ist, dass sie sowohl Arme und prekär Beschäftigte beherbergt als auch Gruppen, die durch neoliberale Strategien oder migrantenfeindliche Politik Vorteile erfahren.

Dennoch könnte man argumentieren, dass es eine signifikante Verbesserung für Stadtbewohner darstellen würde, wenn all die aufgezählten Rechte an all dem, was die real-existierende Stadt zu bieten hat, voll verwirklicht würden. Jedoch im Gegensatz zur Lefebvreschen Definition des Rechts auf die Stadt reduzieren sich die Ansprüche hier auf Teilhabe am System, so wie es ist – sie zielen *nicht* auf *dessen Transformierung* (und unsere Transformierung in diesem Prozess). Sie nehmen einzelne Aspekte neoliberaler Politik in den Blick, zum Beispiel die Bekämpfung von Armut – nicht jedoch die zugrunde liegende Wirtschaftspolitik, welche systematisch Ausbeutung, Armut und Ausgrenzung produziert.

In der Praxis sollen diese Chartas als Blaupausen vor allem für Kommunen dienen. UN-Habitat-Kampagnen wie die »Global Campaign on Urban Governance« bewerben diese Praktiken mit Angeboten von *toolkits* (Werkzeugkasten) zu partizipatorischer Entscheidungsfindung, Transparenz in kommunalem Regierungshandeln, oder Bürgerhaushalten, die anschaulich machen, wie diese Prinzipien vor Ort anwendbar sind. Diese mögen in manchen Fällen hilfreiche Leitlinien bieten, aber sie blenden doch systematisch aus, dass eine grundlegende Demokratisierung der Stadt immer auch über einen Kampf um Macht vermittelt ist, den man kaum den lokalen Regierungen und Verwaltungen überlassen kann, noch nicht einmal sozialdemokratischen.

Obwohl diese Form der Entpolitisierung des Rechts auf die Stadt vor allem auf der Ebene *globaler* NGOs deutlich sichtbar ist, liegt ihre Ursache wohl kaum im *up-scaling*, also im Wechsel der Aktionsebenen. Denn auch bei globalen Gegengipfeln, wo AktivistInnen aus aller Welt sich zum Protest von Gipfelveranstaltungen treffen, wie beispielsweise anlässlich der G8-Treffens 2007 in Rostock oder 2010 in Toronto, werden radikale Forderungen aufgestellt und in Camps und Workshops die tiefer liegenden Zu-

sammenhänge von Kämpfen um Wohnraum im globalen Süden mit denen gegen Gentrifizierung in den Metropolen des Nordens hergestellt. Jedoch der Typ zivilgesellschaftlicher Koalitionen »von unten«, wie ihn viele (internationale) NGOs vorantreiben, die ihrerseits von UN-Organisationen oder auch der Weltbank oder der WTO unterstützt werden, hat mit der Ausweitung des Rechte-Diskurses gleichzeitig eine Verwässerung und Entschärfung des Gehalts und der politischen Sprengkraft der Recht auf Stadt-Forderung betrieben. In deren Definition gilt die Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke als positiv, weil sie Effizienz befördere, ist Zusammenarbeit von StadtbewohnerInnen mit städtischen Verwaltungen produktiv, weil sie endogene Potenziale und lokales Wachstum anschiebe. In deren Weltbild sind lokale Autonomie und internationale Konkurrenz ebenso miteinander vereinbar wie Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum: Neoliberalismus mit »human touch« ist möglich!

In Marcuses Gegenüberstellung des UN-gesponserten World Urban Forum (WUF) mit dem zeitgleich (im März 2010) ebenfalls in Rio de Janeiro stattfindenden Social Urban Forum, das von Bewegungsgruppen organisiert wurde, wird die durch dies Weltbild vorangetriebene Depolitisierung sehr anschaulich. Während es auf beiden Foren um Armut, Obdachlosigkeit und Unsicherheit ging, interessierte beim WUF, wie diese »zu dokumentieren, zu vermessen, grafisch darzustellen sei, die Debatten kreisten um die Schwierigkeiten, sie akkurat zu messen und um die Qualität der Indikatoren« (Marcuse 2010: 31). Während beim SUF die Armen und ihre Bewegungen als Subjekte und Akteure wahrgenommen wurden, deren Vorstellungen und Kämpfe zentrale Themen waren, firmierten die Armen beim WUF als Objekte und Leistungsempfänger. Beim SUF wurden Realutopien, beim WUF *best practices* diskutiert (ebd: 32).

Die Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum, gerechte Güterverteilung, und Nachhaltigkeit miteinander vereinbar und durch verbesserte Partizipation realisiert werden könnte, beschränkt sich allerdings keineswegs auf die Charta-Bewegung und die global aktiven Netzwerke zur Institutionalisierung des Rechts auf die Stadt. Solcherlei Mystifikationen sind auch hierzulande weit verbreitet, durchaus auch in Teilen der Bewegungsmilieus, und in so manchen lokalen Auseinandersetzungen ist der radikale Anspruch auf das Recht auf die Stadt bisweilen schnell verblasst. Die jüngere Geschichte urbaner Kämpfe, die zunächst in breiten Allianzen die neoliberale Stadt(teil)entwicklung aufhalten oder zumindest beeinflussen konnten, ist reich an Fällen, die sich über kurz oder lang als rein defensiv entpuppten: Sie erreichten kaum mehr, als ein Stück Urbanität zu retten oder Oasen zum Schutz eigener alternativer Lebensstile zu erhalten (vgl. Blechschmidt 1998). Das Risiko der Kooptati-

on bzw. partiellen Integration von Bewegungsorganisationen in ein neoliberales Urbanitätsmodell ist in der jüngsten Phase der Stadtentwicklung nur schärfer geworden. So manche Gruppe, sowohl unter einstigen Hausbesetzern als auch unter den jüngst so engagierten kulturellen Aktivisten, rücken im Lauf ihrer Kampagnen zunehmend das eigene Interesse an gesicherten Freiräumen für die Ausübung ihrer selbstbestimmten, autonomen und sonst wie »politisch korrekten« Aktivitäten in den Vordergrund – und kümmern sich nicht mehr um die Ausgrenzung und Repression von anderen, weniger günstig platzierten Gruppen. Die Sicherung solcher »befreiter Räume« und damit die Sicherung der Bedingungen des jeweiligen alternativen Überlebens gelingt auch zunehmend, seit Stadtpolitiker ein gesteigertes Interesse an der Vermarktung und Instrumentalisierung dynamischer lokaler Kulturszenen entwickelt haben. Die neue »kreative Stadt«-Politik nutzt diese kulturellen Milieus für jeweilige Branding-Strategien und verwertet sie als lokalspezifischen Standortvorteil in der sich intensivierenden interurbanen Konkurrenz. Von »Anarchos« besetzte, von prekären Künstlern zwischen genutzte, und von angehenden »Kreativen« cool hergerichtete Clubs, Gebäude und sonstigen Biotope lassen sich inzwischen gut vermarkten – und dabei springen für einige der vormals im Namen und für die Rechte der Marginalisierten kämpfenden Aktivisten häufig Vorteile und Absicherungen heraus (vgl. Novak 2010). Gleichzeitig weichen alternative Jugend- und Kulturzentren, Umsonstläden, erschwinglicher Wohnraum und selbstverwaltete Projekte schicken neuen Designerläden, trendigen Bars und teuren Eigentumswohnungen. Dass lebendige Viertel für die Aufwertung der Stadt oder die Tourismusbranche »gerettet,« »befreite« Räume und oppositionelle Praxen in herrschende Strategien (re)absorbiert werden, ist eine stets präsente Möglichkeit; die neoliberale Stadtpolitik erweist sich als besonders erfolgreich im Hijacking von rebellischen Ansprüchen und Handlungsrepertoires und deren Integration in marktkonforme, sogar standortvorteilsteigernde Kreativkonzepte (siehe auch den Beitrag von Jenny Künkel in diesem Band für ein Beispiel dieser Sorte kommerzieller Instrumentalisierung gegenkultureller Codes). Dieses strukturelle Risiko für Bewegungen in Städten der Ersten Welt ist zu berücksichtigen und verweist wohl auf die Notwendigkeit, dass hiesige Bewegungen sich stärker mit dem Recht auf Stadt in globaler Perspektive beschäftigen sollten.

3. Ein globales Recht auf die Stadt?

In der aktuellen Phase steht der Kampf um das Recht auf die Stadt definitiv auf der Tagesordnung; die Forderung bündelt die Zumutungen der Neoliberalisierung der Städte und spricht wachsende Gruppen der von diesen Trends Betroffenen an. Potenzielle Akteure, die sich in diesem Kampf engagieren, haben sich zu erkennen gegeben, und Möglichkeiten für Zusammenschlüsse mehren sich ebenfalls. Neben diesen guten Bedingungen existieren allerdings auch neue, spezifische Fallstricke und Mystifikationen, die zur Entschärfung der Bewegungsforderungen tendieren, und die es deshalb zu durchschauen und zu entlarven gilt. Eine solche kritische Analyse setzt voraus, die den Mystifikationen zugrunde liegenden realen Trends zu verstehen, und dazu gehört das Verständnis der neuen Form relativer Privilegierung der Städte des globalen Nordens im Rahmen des globalisierten Kapitalkreislaufs. Die Funktionen der Erstwelt-Städte in der neuen internationalen Arbeitsteilung, die sie zu Dienstleistungs- und Finanzzentren der globalen politischen Ökonomie machen, beschert diesen Städten einerseits wachsende gesellschaftliche Fragmentierung, Erosion des öffentlichen Raums, und verschärfte Ausgrenzung benachteiligter Orte, Milieus und sozialer Gruppen, aber andererseits auch Angebote und Zugeständnisse an diejenigen Gruppen, die sich im Rahmen von Stadtmarketing und Standortpolitik zur Attraktivierung von Investoren, Kreativen, oder Touristen nutzen lassen. Das Zusammenspiel beider Tendenzen erschwert es den progressiven städtischen Bewegungen von heute, sich zu einer ernsthaften Herausforderung der Macht- und Ausbeutungsstrukturen des *globalen* Kapitalismus zu entfalten.

Städtische Bewegung in der so genannten Ersten Welt

Während in den Städten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts die Fabrik und die proletarische Öffentlichkeit als effektive Mobilisierungsbasis fungierten, und in der Nachkriegsära die keynesianische Stadt den Austragungsort für systembedrohende Kämpfe um kollektiven Konsum, öffentliche Infrastruktur und öffentliche Räume darbot, haben es die heutigen städtischen Bewegungen im globalen Norden ungleich schwerer, die auf sie projizierten Hoffnungen auf umfassenden gesellschaftlichen Wandel zu erfüllen.

Statt von revolutionären Fabrikarbeitern oder Bewegungen, die den städtischen Raum entlang von kollektiven Konsumforderungen politisieren, werden die heutigen Auseinandersetzungen in den Städten des globalen Nordens von einem Mix aus prekären Kreativen und Künstlern, Lebensqualität verteidigenden Mittelklassen, radikalen Autonomen, Alternativen und diver-

sen linken Gruppen getragen. Die heutigen Städte bieten mit ihrer flächen-deckenden Gentrifizierung und vielfältigen Angeboten für Touristen und »kreative Klassen« einen reichhaltigen Humus für alternative Milieus und kritische Kreative (sowie für deren Kooptation). Deren Kämpfe gegen die neoliberale Umstrukturierung der Stadt, für den Erhalt von Urbanität, zur Verteidigung alternativer Räume und Lebensstile oder für die Einführung sozialer Ökonomie sind zwar wichtig für emanzipatorische Veränderung, aber sie bedrohen – selbst wenn sie in erfolgreichen Allianzen zusammen kommen – die Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen des globalen neoliberalen Systems nicht wirklich. Auseinandersetzungen entlang des nun die Erste-Welt-Städte charakterisierenden Antagonismus zwischen privilegierten Stadtnutzern einerseits und der zunehmenden »fortgeschrittenen Marginalität« (Wacquant) andererseits sind allerdings insofern von globaler Bedeutung, als hier die expandierenden Niedriglohnbereiche mehr und mehr Frauen und Migranten beschäftigen, wodurch die Städte des globalen Nordens zu Bühnen antikolonialer Kämpfe sowie von Kämpfen gegen Rassismus und Sexismus werden. Gleichwohl werden diese Auseinandersetzungen durch eine Phalanx struktureller Tendenzen eingeengt, die einen breiten gesellschaftlichen Wandel erschweren: Privatisierung öffentlicher Güter und Dienste, Ausbau von Sicherheitsmaßnahmen, die Ausbreitung segregierter Zonen, der Abbau kommunaler Angebote und Infrastrukturen haben allesamt zum Verschwinden von Räumen für Vergemeinschaftung und zum Zerfall von öffentlichen Räumen beigetragen, die für die Entstehung und Politisierung von (Klassen-)Subjekten sowie für die Schaffung von Koalitionen eine zentrale Voraussetzung darstellen.

Städtische Bewegungen im globalen Süden

Gleichzeitig sind in vielen Städten des globalen Südens während der letzten Jahre sichtbare und unsichtbare Bewegungen entstanden, die – vor allem in Auseinandersetzung mit lokalen Regierungen und lokalen Eliten, die sich häufig zum Handlanger globaler Konzerne und globaler Institutionen machen – eigene Organisationsstrukturen und Protestformen entwickelt haben, und dabei die Unterstützung westlicher NGOs und linker Bewegungen nicht immer unbedingt als hilfreich erachten. Ob die Kämpfe der *shack dweller* der urbanen Peripherie von Capetown, Durban oder Johannesburg in Südafrika (Pithouse 2009a; Patel 2010), oder die der *favelados* lateinamerikanischer Städte (Lanz 2009), der *pavement dwellers* in Indien oder die der Bewohner von Slums innerhalb und außerhalb der sich rapide urbanisierenden Regionen in den asiatischen Schwellenländern (Menon 2010; Roy/AlSayyad 2004) oder auch Afrikas (Simone 2004) – überall demonstrieren diese

Kämpfe, dass sich die städtischen Armen in unabhängigen Strukturen organisieren, im Widerstand gegen Enteignungen, Räumungen, Polizeigewalt und Unterdrückung ihre eigene lokale Protestkultur entwickeln, und – mittels Massenmobilisierung, Besetzungen, und politischem Protest – Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen erkämpfen. Ihre Protestkampagnen und ihre wenig spektakulären täglichen Überlebenskämpfe bestreiten die Verknüpfung von Urbanisierung und Zivilisation, wie sie in neoliberalen »Entwicklungs«-Konzepten behauptet wird. Für sie bedeutet Entwicklungspolitik »eine Kombination von Krisen (Ernährungs-, Umwelt-, Energie-, Finanz- und Klimakrise)« (McMichael/Morarji 2010: 238). Die hier entstehenden neuen kollektiven Akteure, die sich auf der Basis indigener, ausgegrenzter, und (post)kolonialer Erfahrungen herausbilden, konstituieren einen Bruch sowohl mit den traditionellen Bewegungsvorstellungen als auch mit einigen Annahmen der Bewegungsforschung.

Perspektiven von Recht auf die Stadt-Bewegungen

Westliche Theorieansätze, die – wie beispielsweise David Harvey – implizieren, dass städtische Bewegungen sich heute global organisieren müssen,¹⁵ werden von Vertretern dieser Bewegungen häufig zurückgewiesen. So betont Richard Pithouse für Südafrika, dass die Bewegung der *shack dwellers* ihre Kämpfe auf der Basis *ihrer* Realitäten, ihrer Ressourcen, und ihrer Netzwerke organisieren müssen – was eine globale Organisation verhindert. Er wirft den Aktivisten und Bewegungsinтеллектуellen aus dem globalen Norden vor, dass sie die lokalen Bedingungen im Süden nicht ernst nehmen. Sonst würden sie realisieren, dass die enormen materiellen und politischen Schwierigkeiten, denen sich die dortigen Bewegungen gegenüber sehen, ihnen die direkte Teilnahme an solchen globalen Organisationsprozessen verunmöglichen.

Die dortigen Bewegungen erfahren den Zugang zu transnationalen NGO-Netzwerken nicht als förderlich oder hilfreich, stattdessen insistieren sie auf anderen Formen der Solidarität: zum Beispiel Mitarbeit vor Ort, die lokalen Realitäten kennenlernen, indem man für einige Monate das Leben in den *shacks* teilt. Solche Formen des intensiven Engagements erfordern Mut und Einsatz, bringen der lokalen Bewegung jedoch unermesslich mehr als transnationale Netze, die sich letztlich an den Erfordernissen des Nordens

¹⁵ »At this point in history, this has to be a global struggle, predominantly with finance capital, for that is the scale at which urbanization processes now work« (Harvey 2008: 39).

und nicht den lokal spezifischen Notwendigkeiten vor Ort orientieren (Pithouse 2009b).

Nicht nur wird die »Hilfe« global orientierter NGOs oft als weniger effektiv erachtet als die Unterstützung durch zum Beispiel lokale Kirchengemeinden. Auffallend ist auch, dass Konzepte, die in der westlichen Bewegungskultur kaum Thema sind – wie z.B. die Würde der einzelnen Person – hier zentraler Teil des bewegungspolitischen Vokabulars sind. So schreibt etwa Pithouse (2009a: 246-7) über die Aktivisten von Abahlali Basemjondolo von Durban: »... it was the traditional language of the dignity of each person, reworked into a cosmopolitan form appropriate for urban life, that was ... given primary consideration ahead of any of the more explicitly political languages.« Während diese Betonung von Menschenwürde als Teil des politischen Kampfs die Bewegungen der Landlosen und Armen des globalen Südens von den traditionellen progressiven Bewegungen der westlichen Welt unterscheidet, findet sie sich doch auch in den »poor people's movements« Nordamerikas, die wiederum die neuen Koalitionen und Protestformen des amerikanischen Sozialforumsprozesses entscheidend prägen. Auch der fließende Übergang zwischen Alltagsleben und politischer Protestaktion ist nicht nur für den Widerstand der Bewegungen im globalen Süden charakteristisch (Bayat 2004), sondern auch für die politische Mobilisierung der migrantischen informellen Arbeiterinnen in der »ersten Welt« (vgl. Boudreau 2009). Merkmale, Orientierungen und Protestformen der Armutsbewegungen des globalen Südens lassen sich zunehmend in den ausgegrenzten und entrechteten Gebieten der Erstwelt-Metropolen finden – aber die Vermittlung zwischen ihrem Kampf um das Recht auf die Stadt und dem der linken, alternativen, und kreativen Herausforderer neoliberaler Stadtpolitik ist nicht immer einfach. Für De Sousa Santos stehen sich die sprachlichen und symbolischen Welten ihrer verschiedenen Bewegungskulturen diametral gegenüber: »Während einerseits von Klassenkampf, Kräfteverhältnissen, Gesellschaft, Staat, Reform und Revolution gesprochen wird, ist andererseits von Liebe, Würde, Solidarität, Gemeinschaft, Rebellion oder Gefühl die Rede« (De Sousa Santos 2010: 130-31). Daraus zieht er die Konsequenz, dass die Unterschiedlichkeit der Praxen und Theorien nicht zu synthetisieren sei. Es könne nur darum gehen, aus der Anerkennung der Differenzen »einen Faktor der Sammlung und Einbeziehung zu machen« (ebd.: 131).

Die hier vorgestellte historisch und räumlich vergleichende Perspektive zeigt, dass die neoliberale Stadt progressiven Bewegungen neue Möglichkeiten für breite Allianzen und translokale Vernetzungen bietet, aber auch, dass sie den Kampf der Bewegungen in den westlichen Metropolen auf spe-

bifische Weise erschwert und limitiert. Manche ihrer Forderungen scheinen unerfüllbar, andere werden leicht realisiert, wenn auch in kooptierter Form. Eine kritische Stadt- und Bewegungsforschung, der es um die Erkämpfung *globaler* Gerechtigkeit geht, muss wohl die Welten, die zwischen den hiesigen Kämpfen und den im globalen Süden ausgetragenen zur Kenntnis nehmen. Sie muss die Differenzen anerkennen, und gleichwohl in der Realität der Globalisierung die Verknüpfungen und Gemeinsamkeiten identifizieren. Anknüpfungspunkte bieten dazu die »Drittweltkämpfe« und *poor people's movements* innerhalb der Erstwelt-Metropolen: Die Alltagspraxen, Widerstandsformen und Protestaktionen vor allem der (post)kolonialen MigrantInnen, die zu bestärken und zu unterstützen zunächst näher liegt, als sich direkt mit den Kämpfen der *shack* und *pavement dwellers* im globalen Süden zu solidarisieren – auch wenn hier wachsende kulturelle und alltagsweltliche Distanzen zu überwinden sind. Auf jeden Fall kann weder die kritische Stadtforschung noch die Bewegungsagenda den globalen Kontext ignorieren, wenn die Ziele des städtischen Aktivismus in mehr als Biotop-Sicherung bestehen sollen.

Literatur

- Bayat, A. (2004): *Globalization and the Politics of the Informals in the Global South*, in: A. Roy/N. AlSayyad (Hrsg.): *Urban Informality: Transnational Perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia*. (Lexington Books) Lanham, UK, S. 79-102.
- Birke, Peter (2010): *Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg*, in: *Sozial.Geschichte Online* 3, S. 148-191 (<http://www.stiftung-sozialgeschichte.de>)
- Blechsmidt, Andreas (1998): *Vom »Gleichgewicht des Schreckens«. Autonomer Kampf gegen Umstrukturierung im Hamburger Schanzenviertel*, in: *StadtRat* (Hrsg.), *Umkämpfte Räume*. (Verlag Libertäre Aktion) Hamburg, S. 83-101.
- Boudreau, Julie-Anne (2009): *Taking the bus daily and demonstrating on Sunday: Reflections on the formation of political subjectivity in an urban world*, in: *City* 13/2-3, S. 336-346.
- Brenner, Neil/Theodore, Nik (Hrsg.) (2004): *Spaces of Neoliberalism: Urban Restructuring in Northern America and Western Europe*. (Blackwell) Oxford.
- Caldarovic, Ognjen/Sarinic, Jana (2008): *Inevitability of Gentrification*, Paper presented at the ISA Meeting in Barcelona, September.
- Castells, Manuel (1983): *The City and the Grassroots*. London.
- Colomb, Claire/Novy, Johannes (2011): *Struggling for the right to the (creative) city in Berlin and Hamburg*, IJURR (im Erscheinen).
- della Porta, Donatella (2005): *Multiple belongings, tolerant identities, and the construction of »another politics«: Between the European social forum and the local social for a*, in: Donatella della Porta/Sidney Tarrow (Hrsg.): *Transnational Protest and Global Activism*. (Rowman & Littlefield) Lanham, UK, S. 175-202.

- Eick, Volker/Grell, Britta/Mayer, Margit/Sambale, Jens (2004): Nonprofits und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik. (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Fainstein, Norman/Fainstein, Susan (1974): *Urban Political Movements. The Search for Power by Minority Groups in American Cities*. Englewood Cliffs.
- Fernandes, Edésio (2007): Constructing the »Right to the City« in Brazil, in: *Social and Legal Studies*, 16/2 (Juni), S. 201-219.
- Fine, Janice (2006): *Worker Centers. Organizing Communities on the Edge of a Dream*. (ILR Press) Ithaca, NY, London.
- Goldberg, Harmony (2008): *Building Power in the City: Reflections on the Emergence of the Right to the City Alliance and the National Domestic Workers Alliance*, <http://inthemiddleofthewhirlwind.wordpress.com/building-power-in-the-city/>
- Harvey, David (2008): *The Right to the City*, *New Left Review* 53, Sept-October.
- Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2003): *Glocalizing Protest: Urban Conflicts and Global Social Movements*, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 24/4, S. 942-951.
- Küpper, B./Zick, A./Kühn, A., (2005): *Sozialer Protest zwischen Deprivation und Populismus. Eine Untersuchung zu den Hartz IV-Demonstrationen*. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 7, S. 105-140.
- Lahusen, Christian/Baumgarten, Britta (2010): *Das Ende des sozialen Friedens? Politik und Protest in Zeiten der Hartz IV-Reformen*. (Campus) Frankfurt a.M.
- Lanz, Stefan (2009): *Der Kampf um das Recht auf die Stadt. Städtische soziale Bewegungen in Lateinamerika*, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hrsg.), »El pueblo unido?« *Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Lefebvre, Henri (1995): *The Right to the City*, in: *Writings on Cities, selected, translated and introduced by Eleonore Kofman & Elizabeth Lebas*, (Blackwell) Oxford. S. 63-181.
- Liss, Jon (2011): *New Kids on the Historic Bloc*, in: Neil Brenner/Peter Marcuse/Margit Mayer (Hrsg.): *Cities for People, not for Profit*. (Routledge) London.
- Lotta Continua (1972): *Nehmen wir uns die Stadt! Klassenanalyse, Organisationspapier, Kampfprogramm. Beiträge der Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe*. (Trikont Verlag) München.
- Marcuse, Peter (2009): *From Critical Urban Theory to the Right to the City*, in: *CITY* 13/203 (Juni-September), S. 185-197.
- Marcuse, Peter (2010): *Two World Urban Forums, Two Worlds Apart*, in: *Progressive Planning* 183, S. 30-32.
- Martin, Nina/Morales, Sandra/Theodore, Nik (2007): *Migrant Worker Centers: Contending with Downgrading in the Low-Wage Labor Market*, in: *GeoJournal* 68, S. 155-165.
- Maskovsky, Jeff (2003): *Global Justice in the Postindustrial City: Urban Activism beyond the global-local split*, in: J. Schneider/I. Susser (Hrsg.): *Wounded Cite: Destruction and Reconstruction in a Globalized World*. (Berg) Oxford, S. 149-172.
- Mayer, Margit (1987): *Städtische Bewegungen in USA: Gegenmacht und Inkorporierung*, in: *Prokla*, Nr. 68, S. 73-89.
- Mayer, Margit (2007): *Contesting the Neoliberalization of Urban Governance*, in: Helga Leitner/Jamie Peck/Eric Sheppard (Hrsg.): *Contesting Neoliberalism: The Urban Frontier*. (Guilford Press) New York, S. 90-115.

- Mayer, Margit (2008a): Städtische Soziale Bewegungen, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. (Campus) Frankfurt a.M., S. 293-318.
- Mayer, Margit (2008b): Multiskalare Praxen städtischer sozialer Bewegungen, in: Markus Wissen/Bernd Röttger/Susanne Heeg (Hrsg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- McMichael, Philip/Morarji, Karuna (2010): Development and its Discontents, in: Philip McMichael (Hrsg.): Contesting Development. Critical Struggles for Social Change. (Routledge) New York, S. 233-241.
- McNevin, Anne (2006): Political Belonging in a Neoliberal Era: The Struggle of the Sans-Papiers, in: Citizenship Studies, 10/2, S. 135-151.
- Menon, Gayatri A. (2010): Recoveries of Space and Subjectivity in the Shadow of Violence: The Clandestine Politics of Pavement Dwellers in Mumbai, in: Philip McMichael (Hrsg.) Contesting Development. Critical Struggles for Social Change. (Routledge) New York, S. 151-164.
- Merrifield, Andy (2000): The Urbanization of Labor. Living-Wage Activism in the American City, in: Social Text 62 (Spring), S. 31-54.
- Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. (Suhrkamp) Frankfurt a.M.
- Mudu, Pierpaolo (2004): Resisting and challenging neoliberalism: The development of Italian social centers, in: Antipode 36, S. 917-941.
- Novak, Candice (2010): Berlin's last squat ends as legit housing projects flourish, Deutsche Welle, 21. Juni; <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5707925,00.html>
- Oehmke, Philipp (2010): Squatters take on the creative class. Who has the Right to Shape the City? Spiegel online, 7. Januar; <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,670600,00.html>
- Ortiz, Enrique (2010): The Construction Process towards the Right to the City: progress made and challenges pending, in: Ana Sugranyes/Charlotte Mathivet (Hrsg.): Cities for All. Proposals and Experiences towards the Right of the City. (Habitat International Coalition) Santiago, Chile.
- Patel, Raj (2010): Cities without Citizens: A Perspective on the Struggle of Abahlali baseMjondolo, the Durban Shackdweller Movement, in: Philip McMichael (Hrsg.): Contesting Development. Critical Struggles for Social Change. (Routledge) New York, S. 33-49.
- Philipps, A. (2005): »Weg mit Hartz IV!« Zu den Montagsdemonstrationen in Leipzig zwischen dem 30. August und 4. Oktober 2004. In: Berliner Debatte Initial 16, S. 93-104.
- Pithouse, Richard (2009a): Abahlali Basemjondolo and the Struggle for the City in Durban, South Africa, in: CIDADES 6/9, S. 241-270.
- Pithouse, Richard (2009b): Let's keep it real. The Anti-Politics of Most Attempts at Global Solidarity, Vortrag bei der Ersten Internationalen Konferenz des Graduiertenkollegs »Transnational Spaces«, the Transnationality of Cities, Viadrina Universität Frankfurt/O. Dezember.
- Porter, Libby/Shaw, Kate (Hrsg.) (2009): Whose Urban Renaissance? An international comparison of urban regeneration strategies. (Routledge) London/New York.
- Reynolds, David (2001): Living Wage Campaigns as Social Movements: Experiences

- from Nine Cities, in: *Labor Studies Journal*, 26/2 (Sommer), S. 31-65.
- Roy, Ananya/AlSayyad, N. (Hrsg.) (2004): *Urban Informality: Transnational Perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia*. (Lexington Books) Lanham.
- Santos, Boaventura de Sousa (2010): *Entpolarisierte Pluralitäten*, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Heft 1, S. 128-135.
- Scharenberg, Albert/Bader, Ingo (2009): *Berlin's Waterfront Site Struggle*, in: *City* 13/2-3, S. 325-335
- Schwarzbeck, Martin (2010): *Die neue APO. Wo einst jeder für sich kämpfte, geht es jetzt um das große Ganze: die Rückeroberung der Stadt*, in: *Zitty* Nr. 16 (29. Juli).
- Simone, AbdouMaliq (2004): *For the City yet to Come. Changing African Life in Four Cities*. (Duke UP) Durham/London.
- Sugranyes, Ana/Mathivet, Charlotte (Hrsg.) (2010): *Cities for All. Proposals and Experiences towards the Right of the City*. (Habitat International Coalition) Santiago, Chile.
- Theodore, Nik (2011): *The Everyday Violence of Urban Neoliberalism. An Interview with Nik Theodore by David Hugill and Peter Brogan*. in: *Monthly ReviewZine*, 5. April
- Twickel, Christoph (2010): *GENTRIFIDINGSBUMS oder eine Stadt für alle*. (Edition Nautilus) Hamburg.
- Uitermark, Justus (2004): *Looking forward by looking back: Mayday Protests in London and the strategic significance of the urban*, in: *Antipode* 36, S. 706-727.
- Unger, Knut (2009): *»Right to the City« as a response to the crisis: »Convergence« or divergence of urban social movements?;* <http://www.reclaiming-spaces.org/crisis/archives/266>
- Walk, Heike/Boehme, Nele (Hrsg.) (2002): *Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*. (Westfälisches Dampfboot) Münster.